

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-5798/06  
von Ashley Mote (NI)  
an die Kommission

Betrifft: Wird den Finanzinstitutionen des Vereinigten Königreichs vorsätzlich Schaden zugefügt? -  
Teil 2

Wie kommt es, dass die Kommission auch den Rest von Sympathie, den sie in London früher genossen hat, verspielt hat, wenn Herr McCreevy mit seiner Antwort auf meine schriftliche Anfrage E-4278/06 richtig liegt?

Muss man nicht aus fundierten Berichten geachteter Kommentatoren wie der kürzlich gefallenen Bemerkung „Der Optimismus der Stadt hat sich in Luft aufgelöst“ den Rückschluss ziehen, dass die Versuche der Kommission, einen Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen zu schaffen, völlig fehlgeschlagen sind?

Beunruhigt es die Kommission nicht, dass einer vor kurzem durchgeführten ICM-Umfrage zufolge 62 % der Leiter von Finanzdienstleistungsunternehmen mittlerweile glauben, dass der EU-Binnenmarkt mehr Kosten als Vorteile bedeutet?

Ist das wirklich so verwunderlich, wenn man einmal bedenkt, dass die EU über keinerlei praktische Erfahrungen in einem solchen globalen Markt verfügt und dass die Experten alle in London sitzen? Stimmt es nicht, dass das Vereinigte Königreich seine Währung beibehalten hat, die City of London jedoch das Finanzzentrum für die Eurozone geworden ist? Hat sich nicht eindeutig gezeigt, dass Globalisierung und Europäisierung nicht dasselbe sind?

Sehen viele Beschäftigte in der City of London heute die EU nicht als Bremser an, nicht zuletzt weil sie einen eklatanten Mangel an Verständnis für ihre Arbeit aufweist? Ist der Kommission nicht bekannt, dass nur wenige Handel mit dem Rest der EU treiben? Erkennt sie nicht die Risiken für ihren globalen Handel, die daraus erwachsen, dass die City of London an europäische Rechtsvorschriften gebunden ist?

Und warum hat die Kommission MiFID-Finanzvorschriften zum Schutz von Kleinanlegern erarbeitet, dabei aber völlig außer Acht gelassen, dass in der City of London nicht das Privatkundengeschäft, sondern das Großkundengeschäft das wichtigste Betätigungsfeld ist, d. h. Geschäfte mit großen Instituten und nicht mit „Witwen und Waisen“?

Wie gedenkt die Kommission die Kosten in Höhe von 20 bis 30 Milliarden Euro „zu rechtfertigen“, die auf die City of London wegen der Einhaltung der Rechtsvorschriften zukommen werden? Oder kümmert sie das überhaupt nicht?

Hat die Angelegenheit nicht eventuell mit Missgunst in Paris oder Frankfurt zu tun?